

Samstags-Beilage.

Anzeigen

Werden die Spaltenpreise... Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., halbjährlich 4,50 M., jährlich 8,00 M. ... Carl Dehmann in Halle S.

Verlagsbuchhändler: J. Neumann, Neudamm 11.

Nr. 587.

Halle a. d. Saale, Freitag den 15. Dezember

1899.

Die wachsende Pensionslast.

Der neue Reichsstat, dessen Beratung im Reichstag nunmehr begonnen hat, zeigt von neuem ein Anwachen der Pensionslast, die von den deutschen Steuerzahlern getragen werden muß. Die Ausgaben aus dem allgemeinen Pensionsfonds stiegen im neuen Etat für das Rechnungsjahr 1900 auf mit 61,156,434 M. gegen 58,473,652 M. im Jahre 1899, 55,250,207 M. im Jahre 1898 und 51,994,195 M. im Jahre 1897. Die Steigerung war etwas geringer als in den beiden vorangehenden Jahren, betrug aber immerhin noch 2,682,782 M. oder 4,6 Proz. Seit fünf Jahren sind die Ausgaben des allgemeinen Pensionsfonds um nahezu 12 Millionen und fast zehn Jahren um über 23 Millionen Mark gestiegen. Den Hauptanteil an der Zunahme gegenüber dem Jahre 1899 hat die Militärverwaltung, bei der die Ausgaben von 53,445,050 M. auf 55,956,185 M., also um mehr als 2 1/2 Millionen M. gestiegen sind. Auf die Marineverwaltung entfallen 3,616,924 gegen 3,375,602 M. im vorigen Jahre. Die Zunahme beträgt hier also 241,322 M. Bei der Militärverwaltung sind die Ausgaben des Pensionsfonds zum ersten mal etwas gesunken; sie betragen 1,583,295 gegen 1,652,270 M. In Preußen erhalten im Jahre Pensionen und Pensionsrücklagen 7086 Offiziere und Bezüge gegen 6819 am 1. Juli 1898, 6885 am 1. Juli 1897 und 6413 am 1. Juli 1896, in Sachsen 615 Offiziere usw. gegen 594, 565 und 552 in den drei vorangehenden Jahren, in Württemberg 388 gegen 370, 367 und 352. Im ganzen erhielten also 8089 Offiziere usw. Pensionen usw. gegen 7785, 7517 und 7317 in den drei vorhergehenden Jahren. Die Steigerung war also erheblicher als in den früheren Jahren; sie betrug 306 oder 3,9 Proz. Unter den Pensionären sind vorhanden in Preußen 30 (in den vorausgehenden Jahren 29 und 29) Kommandanten der Generale, 143 (138 und 139) Divisionenkommandeure und 390 (364) Brigadenkommandeure, zusammen also 563 Generale gegen 531 im Jahre 1898 und 508 im Jahre 1897. Die Zunahme der pensionierten Generale war also in diesem Jahre besonders groß; sie betrug 32 oder 6 Proz. Noch erheblicher ist die Zahl der pensionierten Regimentskommandeure gestiegen, deren es 574 gegen 530 und 509 in den vorausgehenden Jahren; es hat hier also eine Steigerung um 3,3 Proz. stattgefunden. Pensionierte Stabs- u. Flügelkapitäne waren 1665 (im Vorjahre 1596), Hauptleute und Mittelmeister erster Klasse 1554 (1508), Hauptleute usw. zweiter Klasse 689 (674), Oberleutnants 923 (890) und Leutnants 681 (668), fernere Sanitätsbeamte 437 (432). In Sachsen beziehen Pensionen 44 (46) Generale, 206 (193) Stabs- u. Flügelkapitäne, 323 (316) Hauptleute und Leutnants, in Württemberg 25 (26) Generale, 126 (124) Stabs- u. Flügelkapitäne und 213 (197) Hauptleute und Leutnants. In der Marine beziehen 654 (643) Offiziere, Bezüge und Defensionspensionen, so daß hier also eine Steigerung um 61 oder 10,3 Proz. stattgefunden hat. Unter den pensionierten Seeoffizieren befinden sich nicht weniger als 23 Admirale, sowie 42 Kapitäne zur See. Die Zahl der Mannschaften der Marine, die Invalidenpensionen beziehen, ist von 3263 auf 3507 gestiegen. Eine große Zahl der frühzeitigen Pensionierungen, namentlich der Hauptleute und Mittelmeister 1. Klasse und der Majoris ist darauf zurückzuführen, daß nach bestehendem Gebrauch Offiziere verpflichtet sind, ihre Entlassung zu nehmen, wenn sie nicht in eine höhere Stelle befördert werden, sobald nach ihrem Dienstalter die Beförderung an sie kommt. In solchen Fällen wird die Beförderungspflicht des Offiziers angewandt und damit der Pensionierungsanspruch begründet. Diese Praxis, welche abwidert von den in allen Vorkriegszeiten üblichen früheren Anschauungen gewesen ist, wurde 1895/96 hatte die Deutsche Volkspartei mit Unterstützung der freisinnigen Volkspartei einen Antrag eingebracht, an die Regierung das Eruchen zu stellen, auf eine Abmilderung der Zahl der Offizierspensionen hinzuwirken und insbesondere Pensionierungen von Offizieren aus dem Grunde nicht eintreten zu lassen, daß ein Offizier, welcher sich für seine bisherige Dienststellung als genügend befähigt erweist, für die nächsthöhere Stellung nicht geeignet erscheint. Der Antrag ist inoffen in der Sitzung vom 19. März 1896 abgelehnt worden. Von Seiten der Regierung wurden die fortgeführten Erhebungen des Pensionsfonds für Offiziere auf dem zu begründen versucht, daß mit den befähigten Heeresverpflichtungen allmählich die Zahl der Pensionäre zunehmen muß. Auch sind die Pensionsbezüge von 1886 ab erhöht worden, und ist die Militärverwaltung 1887 auf die Armeesatzung abgesehen worden. Vorausichtlich wird sich Gelegenheit finden, erneut im Reichstag auf die wachsende Pensionslast hinzuweisen, um so mehr, als neue gewaltige Ausgaben bevorstehen, wenn die Flottenpläne der Regierung durchgeführt werden.

Deutsches Reich.

Im Verlaufe der gestrigen Reichstagsverhandlungen unternahm Abg. Richter in seiner Rede, welche mehr als zweieinhalb Stunden dauerte, einen Ertrag in die auswärtige Politik, vertrat dabei aber unsere Verhältnisse zu England und betonte, daß unsere Flottenvermehrung im Anlande bereits Nachahmung finde. Die Zukunft Deutschlands liege nicht auf dem Wasser, sondern in den Händen der deutschen Völkerei selbst. Große Parteien entspreche der Meiner auch die Verlesung von Protokollen aus Flugblättern

des Flottenvereins. Unsere auswärtige Politik, so erklärte Richter, sei viel zu passiv, so viel zu vertrauen zu verdienen. Nach Richter ergreift der bayerische Bundesbevollmächtigte Graf von Vergesfeld das Wort, um darzutun, daß die Bundesregierungen in der Flottenfrage keineswegs rücksichtslos behandelt worden seien. Nachdem derselbe sich der Staatssekretäre Richter gegen Richters Angriff und wurde dabei vom Abg. Richter unterstützt. Richter beklagte dann den Bund der Landwirte, was ihm heftige Angriffe aus dem Munde der Rechte zuge. Als er auf diese Fragen reagierte, wurde ihm dies vom zweiten Vizepräsidenten Schmidt von der freisinnigen Volkspartei unterlag. Eine scharfe Forderung erhielt der Reichstagsrat von dem Sprecher des Bundes der Landwirte, Dr. Reichert-Rajewski, da er sich der Notz der Landwirtschaft gegenüber völlig passiv verhalte und wie ein Kaufschuß von allen Parteien gebriert werden könne. Wir würden heute nicht konservativ, nicht liberal, sondern demokratisch regiert, und stetig herrsche nur in der Vorherrschaft der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen, in deren Reihen doch viele Mitglieder seien, die auf das Programm des Bundes der Landwirte verpflichtet seien, müsse er fragen, ob sie dem Reichstagsrat ein volles Vertrauensvotum geben könnten. Richter verpörrichte die Landwirtschaft und empfahl die braven und tapferen Transvaal-Krieger als Vorbild. Staatssekretär Graf Posadowsky polemisierte gegen die Richter'schen und Reichert'schen Ausführungen und warnte auf die Deutschen gegenüber Frankreich und England. Für die Deutschbalkanverträge sprach der Abg. Frhr. v. Hohenberg. Der konservativere sächsische Abg. Graf Rindorf sprach sich für die Konservativen aus. Die Regierung sei in der Stellung des Reichstagsrats beabsichtigten und selbständig seien, sowohl nach oben wie nach unten.

Ueber die angeblichen Verurteilungen des Fürsten Sponholz in Herrn v. Richter schreiben die „Berl. Nachr.“

Was die jetzt in der Presse wiederholt erörterten Verurteilungen des Reichstagsrats über die Dispositionenstellung der konfessionellen politischen Beamten anlangt, so wird uns glaubwürdig berichtet, daß sie eine folgenlos geblieben seien. Für die Dispositionenstellung dieser Beamten seien alle Mittel- und niederen Dispositionen als gleichmäßig verantwortlich. Wenn ihm eine größere Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht zugeschrieben werde, so könne dies nur darauf beruhen, daß er den Vorfall im Staatsministerium führte. Wenn von einer größeren Verantwortlichkeit des einen oder anderen Ministers die Rede sein kann, so dürfen doch dabei höchstens die Reichsminister und Vizepräsidenten der betreffenden Beamten, also die Minister des Innern und der Finanzen, in Betracht kommen. Anderes die Verurteilungen so lautet, so enthalten sie nichts anderes als eine dem preussischen Verfassungsrecht entsprechende staatsrechtliche Darlegung.

Die Erklärung des Herrn v. Loebl in Sachen der Predeklaratoren in der Redaktion der „Kreuzzeitg.“, die schon eine feine eigenartige Wendung durch Ausbeugung der Bedeutung des Herrn v. Loebl zu dem Sinne derer v. Miquel erhalten hat, wird jetzt auch noch in ihrer inhaltlichen Unrichtigkeit nachgewiesen. Die „Kreuzzeitg.“ hat diese Erklärung auf auffallenderweise ohne jede weitere Bemerkung übergegangen. Herr v. Loebl behauptet, er sei am Mittwoch, 27. Sept., allein in der Redaktion der „Kreuzzeitg.“ gewesen, die „Kreuzzeitg.“ selbst aber hat in ihrer Abendausgabe vom 11. Okt. erklärt: „Herr v. Loebl und Herr v. Miquel“, zwei Herren aus unserer Redaktion gewesen und haben dem stellvertretenden Redakteur Dr. F. berichtet, unsere Meinung, der Finanzminister Miquel sei für die Abregulierung der Beamten gewesen, sei unzutreffend.

Herr v. Loebl behauptet also, er sei allein auf der Redaktion der „Kreuzzeitg.“ gewesen, während die „Kreuzzeitg.“ sich und wiederholt auf zwei Herren v. Loebl und Miquel in dem folgenden Absatze der „Kreuzzeitg.“ heißt es: „Die beiden Herren.“

Wer war denn nun der zweite Herr? Herr Victor Schwegelburg war's nicht. Also, heraus mit der Sprache!

Unter der Ueberschrift „Fälligkeit oder Hineinfall?“ veröffentlicht die agrarische „Deutsche Tageszeitg.“ einen langen Artikel, durch den sie es versucht, nochmals für sich und gegen die Liberalen Kapital herauszuschlagen aus dem Lichte, daß vor mehreren Wochen in liberalen Blättern eine angeblich der „Tageszeitg.“ entnommene Notiz gestanden hat, die sich mit der Behandlung der Vetter durch die Agrarier befaßt. Die „Deutsche Tageszeitg.“ verheißt damals, nicht, den Artikel als Fälligkeit und nicht von ihr fassend zu bezeichnen. Wir haben damals sofort das von dem Agrarierblatte gewinnliche Dokument gebracht. Jetzt kommt plötzlich die „Deutsche Tageszeitg.“ nochmals an jenen Artikel zurück, nennt sämtliche Liberalen „Zeitungen“, die damals den Artikel gebracht haben — außer ihnen auch die „Sächs. Ztg.“ — und erweist sich zugleich, im liberalen Blättern Kapitalfrage über den journalistischen Anstand zu geben. Dieses Gebahren des unverschämten Agrarierblattes enthält eine ungläubige Freivolität, weitestens eine eben so große wie diejenige, die in dem fraglichen Artikel gegen die Vetter enthalten war. Daß eine derartige Freivolität der „Deutschen Tageszeitg.“ wohl zuzutragen war, und daß ihr durchaus kein großer Mißgriff thate, als wir den zu Artikel in gutem Glauben als aus der agrarischen Tageszeitung stammend bezeichneten, beweist uns zur Genüge die Tatsache, daß das unverschämteste aller Agrarierblätter sich erlaubt, liberalen Blättern eine Lektion über journalistischen Anstand und journalistische Pflicht zu erteilen. Das Verhältniß der agrarischen Blätter über journalistische Wohlstandspflicht steht auf demselben Niveau wie das Verhältniß der Agrarier und deren Freunde über Volkswirtschaft und Volkswohl.

Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist man, wie die „Nationalzeitung“ mitteilen kann, mit den Vorarbeiten für den in russischen Seen-Banal beschäftigt und es wird an der Festlegung festhalten, daß seine Aufnahme in die neue Kanalvorlage möglich sein werde.

Die Regierung ist geneigt, wie bereits gemeldet worden ist, dem Beschluß des Reichstages betreffend den Neuen und rechtschicklich beizustimmen. In letzter Stunde werden jedoch die Landesbesitzer gegen den Beibehaltung Einspruch zu erheben. Im Gegen der Centralverband der Landwirte werden die Landesbesitzer aufgefordert, die Abgeordneten zu bestimmen, gegen das Gesetz in der dritten Lesung des Entwurfes zu stimmen. Abg. Richter ist es in diesem Punkte.

Viele Abgeordnete und ern sich, daß die kleinen Landesbesitzer sich gar nicht rühren, sie lauern förmlich auf einen kleinen Protekt.

Schule und Kirche. Der gefühlswidrige Ausbruch des Landesbesitzer v. Reichert'scher Volksschüler hat bereits in seiner letzten Sitzung über einen Antrag des Preussischen Provinzialparlamentes, welcher die Einführung einer für die Schule und für das Leben einheitlich geltenden Rechtschreibung enthält. Der gefühlswidrige Ausbruch hat bereits am 21. Juni 1894 infolge der Vorstandsbeschlüsse in Stuttgart eine dem Reichstag über die Einführung einer neuen Rechtschreibung und unter dem 6. Juli 1894 die Antwort erhalten, daß die Herbeiführung dieser Uebereinstimmung auch Gegenstand einer Erwähnung sei. Da dieselben aber bisher zu einer Veränderung der ledigen Zustände nicht geführt haben, so beschloß der Reichstag, die Frage von neuem in Beratung zu ziehen.

Der Kultusminister genehmigte nach Ablehnung des Reichstagsantrags in Breslau die Einrichtung von Gymnasialklassen für Mädchen. Die Eröffnung der Schule findet in Breslau Oetern 1900 statt.

Verwaltung und Rechtspflege. Nachdem schon durch frühere Erlasse die Eisenbahnrevisionen die Förderung der Erleuchtung und des Gebrauchs der Eisenbahn zu fördern, ist es nunmehr empfohlen worden, sich in der Verwaltung der Eisenbahnverwaltung für die Erleuchtung der Eisenbahnverwaltung zu bemühen. Die Anträge haben zu dem Ergebnis geführt, daß in vielen Dispositionen die Eisenbahnverwaltung in der Verwaltung der Eisenbahnverwaltung aufgenommen werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nunmehr die Eisenbahnrevisionen veranlaßt, sich darüber zu äußern, in welchem Umfange im Eisenbahnrevisionen der Reichstag Gebrauch gemacht wird und ob daraus Vorteile in dienstlicher Beziehung erkennbar sind.

Das kaiserliche Medizinal-Kollegium beantragte bei der Regierung, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die Behandlung der Kinder aus dem Bereich der Eisenbahnverwaltung, Wärdern u. dergleichen Verwaltungen unter Strafe gestellt, und die Anweisung oder Anweisung solcher Fernbehandlung überhaupt — auch der Brieflichen — verboten werde.

Der Prozeß gegen den „Reichsaltdner“ Joseph Schellen, der am kommenden Montag vor der Reichsoberstenbank des Reichsgerichts II. Zivilkammer zur Verhandlung kommt, verläuft ein bedeutendes Interesse auszuweisen werden drei Anträge wegen Verleumdung durch die Presse zur Verhandlung gelangen. In diesen Sachen treten der Magistrat zu Charlottenburg und der Magistratssekretär Paulow als Nebenkläger auf, da sie sich durch eine Reihe von Artikeln, welche heißt im „Charlottenburger Wochenblatt“ in der Charlottenburger Stadt-Anstalt, die von Gehebel beantragten wurden, in ihrer amtlichen Eigenschaft verunglimpft haben. Der schwerwiegendste Teil der Anträge lautet auf vollendete und verachtete Erpressung und auf vollendete und verachtete Verleumdung. Bei dieser Verhandlung wird auf Konkommisse zurückgegriffen werden müssen, welche vor Jahren die Öffentlichkeit befaßigt haben. Es sind in London wohnende Zeugen förmlichlich vernommen worden, welche in dem letzter Zeit vielfach erörterten großen „Schlittenabdruckprozeß“ eine Rolle spielten, indem sie zur Entlastung der Vetter beigetragen. Gehebel soll dabei der einen wie der anderen Partei sein Zeugnis gegen eine Entschädigung von 2000 Mark angeboten haben. Er erhielt von einem im Rheinlande wohnhaften Redakteur, der infolge des erwähnten Prozeßes in eine Privatbesitzungslage verwickelt wurde, einen Guthaben über 2000 Mark, der eingeleitet werden sollte, falls der Redakteur auf Grund der Angaben Gehebel's aus dem Prozesse als Sieger hervorgehen würde. Dies geschah nicht, der Schein wurde infolgedessen verfallen. Gehebel soll nun nach London bezieht haben, diesen Schein zu verwerthen. Die vollendeten und verachteten Erpressungen sollen gegen zwei Charlottenburger Geldwäscher sowie gegen einen dort wohnenden Baumeister beantragen sein. Es ist ferner der Anklagebehörde ein großer Zeugenabgefragt worden, der nicht nur auf Befehl der Regierung der Anklage zu Grunde liegt, sondern auch auf der Zustimmung des Charlotter'schen Geldwäscher, diesen Zeugen abzugeben. Die Anklage behauptet, daß Gehebel die Anklage behauptet, er will das Opfer böswilliger Verleumdungen seiner Freunde geworden sein.

Parlamentarische. Die zweite württembergische Kammer nahm mit 58 gegen 21 Stimmen einen Antrag an, der unter Einräumung eines erweiterten Budgetrechtes an die Kammer der Landesherren die Regierung anforderte, in künftigen Wahlen einen Gegenentwurf betreffend die Steuerreform vorzulegen.

Sozialist. Ein Arbeitervereiner soll ländlicher Sozialpolitik wird aus Polen berichtet.

Ein Reichstag von Sachsen-Weimar, der verschiedene Wähler im Kreise Korb und des Steinbach besitzt, hat 12,000 M.

Aug. Weddy

Papier-Ausstattungen — Feinste Lederwaren
Photographie-Albums.

Durch die Thatsache, daß wir wie bisher, so auch heute noch an dem Prinzip festhalten, unserer werthen Kundenschaft stets das Beste in Möbeln und Holzwaren zu bieten, und dabei doch auch auf besondere Preiswürdigkeit und Billigkeit sehen, so ist jeder Käufer von vornherein versichert, daß er bei uns nur ein wirklich solides und dauerhaftes Stück Möbel bekommt.

In Bürgerlichen Wohnungs-Einrichtungen sind wir besonders preiswerth bzw. billig. Nicht die Billigkeit allein sollte beim Einkauf von Ausstattungsgegenständen maßgebend sein, sondern in erster Linie die gute Qualität und die schöne, gediegene Ausführung in Holzart und Ansehen.

Alle diese Vorzüge werden Ihnen von der Möbelfabrik

Gebr. Kroppenstädt,

Halle a. S., Große Märkerstraße 4,

gebeten.

Eine bedeutende und vorzügliche Auswahl in mittleren Wohnungs-Einrichtungen erleichtert jedem Kunden den Einkauf, und bitten wir bei Bedarf um die Ehre Ihres werthen Besuches.

Bestellungen sind stets gern erachtet.

Louis Böker

Gross Weihnachts-Ausstellung

Hervorragende Neuheiten

Speiseservices, Kaffeeservices,
 Waschgarnituren, Luxusartikel,
 Bierservices, Boulen etc. etc.

Unerreichte Auswahl.
 Anerkannt billigste Preise.

HALLE a. S.
 12 Leipziger Strasse 12

en gros
 9 Gr. Brauhausstrasse 9.

Special-Geschäft 1. Ranges.



Piano-Lampen
 circa 30 verschiedene Muster
 in allen Preislagen.

Piano-Sessel
 in reichhaltiger Auswahl.
C. Rich. Bitter,
 Leipziger Straße 73,
 Hof-Pianoforte-Fabrik.

OPEL - Fahrräder.

Die alleinige Vertretung meiner Fabrikate für Halle und Umgebung liegt jetzt in den Händen des Herrn

F. Kleinau, Halle a. S.,
 Geiststrasse 32,

und belieben sich Reflektanten an genannten Herrn gef. wenden zu wollen.

Meine 1900er Modelle stehen daselbst zur geneigten Besichtigung.

Adam Opel, Fahrradfabrik,
 Rüsselsheim am Main.



Special-Corset-Fabrik Bernhard Häni

2 Schmeerstr. Halle a. S. Schmeerstr. 2.

Größte Auswahl in Damen- und Kinder-Corsets und Leibchen, Brüsseler Corsetten, Marke F. D., Leibbinden, Umstands-Corsetten, Nähr-Corsetten, Schlauchbinden, Gesundheits-Corsetten, Reformleibchen von 3.00 Mark an, Corsets mit Geflücht-Zwirlfeder-Einlagen zu 3.50, 4.50, 5.00, Fleischer's Ausgleichungen, "Formosa."

— Holzwoolbinden, Moosbinden, waschbare Monatsbinden. —

Ausverkauf zurückgesetzter Corsetten zu sehr billigen Preisen.
 Reinen weißen Kunden Puppen-corsets gratis.

J. A. Topf & Söhne, Erfurt.

Dampfkessel



Regulier-Feuerungen

Generations-, Heizungs- und Maschinen-Benannt.
 Feuerungs-technisches Laboratorium und Heizberücksichtigung.

Schinde im oberen Charnierbereich berechnung und Fertigung.

mit Topfischen Treppenrost-Regulier-Feuerungen ausgestattet arbeiten bei Heizung mit Wasser-Föhlen mit dem höchst erreichbaren Auftrieb und sehr hoher Dampfproduktion. Die Anlagen machen sich nachweislich dadurch in kürzester Zeit selbst bezahlt, außerdem aber erleichtern und sichern die in ihrer Art einzigen dauerhaften und bewährten Regulier-Vorrichtungen jeden Betrieb. Daher die große Verbreitung in manchen Fabriken 10 bis 24 Heizeinlagen.
 Eigene solide Einmauerungs-Construction.
 Projektierung neuer zweckmäßiger Dampfheizeinlagen.

Wann erlöste gratis untere ausübliche Proben D. 03

Erster Preis.

Erster Preis.



Goldene Medaille.

Königl. Sächs.-Staats-Medaille.

Special-Fabrik für Strümpfe

F. B. EULITZ

Leipzig.

Grimmaische Strasse 30.

Ganz hervorragende Neuheiten in Strümpfen. Eigene Erzeugnisse der Firma.

Strümpfe von 8fachem Kammgarn,
 Strümpfe von 4 facher Stricksoida,
 Strümpfe von 4 facher Vigogne,
 Strumpflängen in jeder Art,
 Socken

in eleganten wasch-echten Farben.

Mit Webstuhl und Unterholzwebstuhl.